

75 JAHRE FR

Die FR hatte Geburtstag: Am 1. August 1945, also vor 75 Jahren, erschien sie als eine der ersten Zeitungen, die nach dem Krieg in Deutschland herauskamen. Wir haben viele Glückwünsche bekommen und auch bereits veröffentlicht. Nun wollen wir außerdem eine Sonderbeilage auf den Weg bringen. Aus diesem Anlass würden wir uns freuen, wenn Sie einen kleinen Beitrag beisteuern würden. Vollständig Sie bitte einen der beiden folgenden Sätze:

„Die Frankfurter Rundschau ist für mich ...“ oder

„Ich wünsche mir von der Frankfurter Rundschau ...“

Mailen Sie bis zum 2. November an bronski@fr.de, möglichst zusammen mit einem aktuellen Kopfbild, das Sie zeigt, denn wir wollen die Menschen vorstellen, die uns schreiben. Auch im FR-Blog können Sie reagieren:

frblog.de/wuensche

Wir freuen uns auf Sie!

Ihr Bronski



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschriften auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201026. Übersicht: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Karin Dalka diskutiert mit ZDF-Redakteur Dietrich Krauß zum Thema „Humor ist ... Politische Satire aus der ‚Anstalt‘ in die Akademie“ zum Thema US-Wahl, Diskriminierung und geschlechtergerechte Sprache. Den Livestream zur Veranstaltung finden Sie auf der Webseite der Evangelischen Akademie Frankfurt. Es kann mitdiskutiert werden: evangelische-akademie.de/zoom.us/j/97751903416
Mittwoch, 4. November, 1930 Uhr

Claus-Jürgen Göpfert moderiert ein Gespräch zum Thema „Playing the long Game. Keir Starmer und die Labour Party ein Jahr nach der Wahlniederlage“. Mit Florian Weis (Historiker). Eintritt frei. Anmeldung empfohlen. Die Veranstaltung online: Zugangsdaten: conf.ccc-ffm.de/b/uli-c6z-62k
Zugangscode: 405842
Donnerstag, 5. November, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert „Trump oder Biden? Wer entscheidet – das Volk oder die Gerichte?“ mit Greta Olsson (Uni Gießen), Derek Bemby (Democrats Abroad), Michael Wertz (Center for American Progress), Bastian Hermisson (Böll-Stiftung). Melden Sie sich für den Livestream an mit Betreff „Trump oder Biden“ unter anmeldung@boell-hessen.de.
Donnerstag, 5. November, 19 Uhr

Politische Eintagsfliege

Zu: „Merz wirft CDU-Spitze Intrige vor“, FR-Politik vom 28. Oktober

Unglaublich, was sich dieser unerträgliche Narzisst Friedrich Merz da leistet: Wenn er so überzeugt von seinem Vorsprung bei der Wahl zum Parteivorsitz ist, wieso hat er dann solche Angst vor einer Verschiebung? Kann er wirklich nur so kurz springen?

Wir brauchen keine politischen Eintagsfliegen, deren Atem noch nicht einmal bis zum Frühjahr reicht! Mit seiner verbalen „Establishment“-Entgleisung begibt er sich zudem auf das Niveau von Donald Trump oder auch einer AfD. Unerträglich: Das war's Herr Merz!

Sabine Reif, Mülheim

Weit weg ist die Zeit

Erwidern auf „Grenzen des Lächerlichen“, FR-Forum vom 26.10.

Vielen Dank für Ihre exzellente Antwort, Her Arnold, an Frau Roether. Bei ihrem Brief fühlte ich mich nicht wohl und wollte nicht antworten: Sie haben es viel deutlicher formuliert als ich. Ich würde auch noch die Frage stellen: Warum gibt es nie solche Schwierigkeiten mit Andersgläubenden? Nicht nur die Juden, sondern auch die Buddhisten, die Shintoisten, die Animisten usw. nehmen die Regeln des Landes an, wo sie leben. Nur nicht die Muslime.

Sie ist weit weg, die Zeit der Andalusischen und Bagdader Kalifen, wo im Mittelalter Künstler und Naturwissenschaftler zusammen forschten, egal ob Juden, Christen oder Muslime (Avicenna, Omar Khayyam ...).
Jacqueline Walter, Sinzheim

Diskussion: frblog.de/paty

Wir sind Menschen, keine Firmenkonstrukte

Pandemie: „Wir machen genau das, was wir nicht wollen“, FR-Tagesthema vom 28. Oktober

Gesundheitsämter kommen nicht mehr hinterher

Wir machen es uns einfach, die Explosion der Infektionszahlen auf private Partygeschehen und zu viele Sozialkontakte zu schieben, während wir wochenlang die Auftritte von „Unmaskierten“ bei öffentlichen Veranstaltungen aus Sport, Kunst und Kultur, ja sogar im Bundestag ansehen konnten. Woher nehmen unsere Vertreter der Gastronomie, Kinos und Fitnessstudios, Kultur- und Sporteinrichtungen die Gewissheit, dass bei Ihnen keine Ansteckungen stattgefunden haben? Woher kommt die Gewissheit für Schulen und Kitas? Fakt ist, dass der Großteil der steigenden Infektionsfälle von den Gesundheitsämtern schon lange keinem Geschehen mehr zugeordnet werden kann!

Im November könnte sich zeigen, ob die wirklich infektiionsrelevanten Einrichtungen geschlossen wurden. Ab jetzt läuft aber auch der Countdown für die Aufstockung von fehlendem Personal in sämtlichen noch offenen gebliebenen Bereichen wie Schulen, Kitas und nicht zu vergessen auch in Schulbussen.

Sylvia Heger, Dortmund

Als Zeichen großer Ratlosigkeit

Bisher stand ich tapfer hinter allen Entscheidungen zu Corona, aber der aktuelle Lockdown erscheint mir als Zeichen großer Ratlosigkeit und die Regeln nicht zielführend. Es war nicht in Konzerten, Museen oder seriösen Restaurants und Cafés, in denen die Viren sich massenhaft verbreitet haben. Es waren eher größere private Veranstaltungen sowie öffentliche Massentreffen. Ich möchte nicht wissen, wie viele TeilnehmerInnen der Anti-Corona-Demos sich angesteckt haben, jetzt aber nicht gerne den Zusammenhang herstellen. Ich denke, dass nun wieder mehr im Privaten geschieht, was sonst geregelt im Öffentlichen stattgefunden

hat. Dadurch wird sich nichts verhindern lassen. Ein Effekt aber könnte sein, dass Gegenreaktionen und Aggression weiter steigen, weil die Leute frustriert sind und den Sinn nicht einsehen.

Brigitte Heinzmann, Frankfurt

Zum Dank gibt es ein Arbeitsverbot

Erst jetzt, wo wieder unzählige Unternehmen dem Aktionismus geopfert wurden, kommt das Interview mit Streeck, dem Mann, der schon im März alles sagte, was zu sagen war. Wieder ruinieren wir tausende von Existenzen. Obwohl nachweislich weder Gastronomie noch Sportstudios die Verbreitung des Virus fördern, dreht man uns die Gurgel um. Zur Abkehr vom Tenor – kein weiterer Shut-Down, das verkraften wir nicht – bedarf es eines Schachzugs. Lauterbach, getriebener, restriktiver Durchgreifer, verlangt den zweiten Einsatz. Drost, Hyper-Experte und Vielsager, legt nach, und schon kann Merkel hart durchgreifen. Das Vokabular erinnert an schlimmste Zeiten und vernichtet skrupellos Kultur, Eventbranche, Gastronomie, Sportstudios und viele andere. Wir sind ohne Lobby hilflose Bauernopfer.

Das Szenario verschleiert Versäumnisse obengenannter Entscheidungsträger. Noch immer schützen wir Kranke und Alten nicht angemessen, testen die Falschen, lassen Pflegekräfte und medizinisches Personal unterbezahlt arbeiten und entscheiden ohne Parlament. Mahnende Rufe? Von ganz links, ganz rechts und der FDP, der Rest zieht widerspruchslos mit. Existenziell Betroffene haben kein Verständnis mehr, Protest wird in rechte Ecken manövriert. Über Jahrzehnte tragen wir Selbstausbeuter in unserer Sieben-Tage-Woche diese Republik entscheidend mit, wir bezahlen unsere Steuern und Mitarbeiter bis zum bitteren Ende, denn wir sind Menschen, keine cleveren Firmenkonstrukte.

Ich bin 60 Jahre alt, auf uns warten keine sicheren Renten, wir arbeiten weiter, und ich habe einen Teil meiner Altersvorsorge in eine große Lüftungsanlage gesteckt, damit meine Tochter unseren Familienbetrieb weiterführen kann. Ein Arbeitsverbot ist der Dank.

Christian Kornblum, Hofheim

Ich glaube, ich wähle das Risiko

Ich gehöre zu mehreren Risikogruppen. Ich bin alt und ich habe das, was man „Vorerkrankungen“ nennt. Ich habe also schlechte Karten. Ich denke an den Tod durch Covid-19, aber noch viel mehr bedrückt mich das Leben „geschützt vor Covid-19“. Sicher, es wird sich jemand finden, der für mich einkauft. Ich werde nicht verhungern, aber ich werde vereinsamen. Ich bin Witwe. Meine Kinder haben „systemrelevante“ Berufe, das heißt, ich werde weder sie noch meine Enkel sehen. Von Einsamkeit redet kaum jemand. Lebe ich noch ein, zwei Jahre „beschützt“ und einsam, oder nehme ich das Risiko Covid-19 auf mich? Ich glaub', ich wähle das Risiko. Christa Krefß, Gelnhausen

Es ist richtig, Aufläufe von Menschen anzuzeigen

Denunzieren ist ethisch abzulehnen. Aber Leute, die die Coronaregeln ablehnen, sich falsch verhalten und andere Menschen gefährden, sind keine Opfer, die denunziert werden, wenn man sie meldet. Das Wort „denunzieren“ wird in falschem Zusammenhang verwendet, das ist etwas anderes als in der Nazizeit, in der Menschen denunziert wurden, die z.B. Juden versteckt hatten. Diese Menschen haben andere geschützt. Ich finde es richtig, wenn Menschenaufläufe gemeldet bzw. angezeigt werden, damit die Infektionswelle gestoppt werden kann.

Birgit Haude, Neuss

Diskussion: frblog.de/wellenbrecher

Totalitäre Systeme mögen keine Reformen

Homosexuelle und die katholische Kirche: „Sie sind Kinder Gottes“ und „Der Tabubruch“, FR-Politik und -Meinung v. 23.10.

Und sie bewegt sich eben doch nicht! Zumindest nicht die katholische Kirche. Ihr respektive dem Papst geht es nicht um echte demokratische Veränderungen, die dem Anspruch der Grund- und Menschenrechte genügen. Darum kann es gar nicht gehen, wenn man den ideologischen Apparat Kirche und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ernst nimmt. Es geht in einem solchen totalitären System nie um den Menschen, sondern immer um den absoluten Geist bzw. dessen Willen, den der Mensch bedingungslos zu erfüllen hat.

Wer mir nicht glaubt, der schaue sich die ersten drei Gebote an und danach die ersten drei Artikel unseres Grundgesetzes. Hier kann man totalitäre Herrschaft mit demokratischer vergleichen, die auf Würde und

Rechten und nicht auf Verboten und Drohungen basiert. Deshalb geht es in der katholischen Kirche nicht um die unveräußerlichen Rechte eines jeden Individuums. Sonst hätte sich der Papst für die vollen Rechte von Homosexuellen, Frauen, Beschäftigten der Kirche etc. ausgesprochen und ihnen nicht nur ein paar Brotkrumen hingeworfen. Selbst dagegen bringen sich die reaktionären Kräfte sofort in Stellung, kämpfen um den Status quo und denken sich wahrscheinlich: Wir dürfen hier auf unter keinen Umständen einen Präzedenzfall schaffen.

Was ist der richtige Wille? Hat man sich etwa geirrt? Liebt Gott jetzt plötzlich auch Homosexuelle? Ich dachte immer, das sind schlimme Sünder (Benedikt). Gibt es auch andere Inhal-

te, in denen man sich geirrt haben könnte? Vielleicht sogar bei der Existenz Gottes? Huch! Na ja, immerhin haben es die Brotkrumen auf die Titelseite und zwei weitere Seiten der FR geschafft.

Wovon reden wir hier eigentlich? Es geht um die Selbstverständlichkeit, keine Menschen zu diskriminieren! Wieder einmal lässt man der katholischen Kirche eine unglaubliche Sauerei durchgehen und misst einfach mit anderen Maßstäben. Ist es zu viel verlangt, dass sie sich an die Regeln des Grundgesetzes hält? So wird sich die Katholische Kirche auch künftig nicht bewegen. Es gibt ja keinen Grund, 23 Millionen Menschen sind in der Bundesrepublik noch brav zahlende Mitglieder in dieser Unrechtsorganisation. Das ist ganz schön bitter. Alexander Lammer, Langenau